

Nachlese

Nachhaltige Entwicklungsziele durchsetzen

am 18.11.2014 im W3 Saal.

Eine Gemeinschaftsveranstaltung des Marie-Schlei-Vereins, der W3, des Zukunftsrates Hamburg und des Eine Welt Netzwerkes Hamburg.

Impulsreferate von Heiner Janus, DIE, und Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath, Marie-Schlei-Verein.

Begrüßung: Ines Budarick, Eine Welt Netzwerk Hamburg.

Moderation: Karsten Weitzenegger, Eine Welt Netzwerk Hamburg.

Heiner Janus gab einen Überblick über die Post 2015 Agenda als Nachfolger der Millenniumentwicklungsziele. Er informierte über den aktuellen Stand, stellt die 17 Ziele kurz vor und hob deren Universalität hervor. Er umriss die Debatte um die geteilte Verantwortung und ging auf die Überprüfungsmechanismen ein. Nach einem Eingehen auf die verschiedenen Akteure wie OECD, G77 und China, LDCs, Schwellenländer und weitere Gruppen, stellte Janus die Zuständigkeiten und Aktivitäten in Deutschland dar. Janus schloss seinen Vortrag mit einen Ausblick für 2015.

Herausgestellt wurde im Detail: Die Debatte um die Finanzierung stehe laut Janus momentan im Vordergrund. Positiv betont wurde, dass das Thema Frieden und Sicherheit seinen Weg in den Zielkatalog gefunden hat und zudem die Entwicklung der Agenda bisher sehr partizipativ vonstatten ging. Kritisch beleuchtet wurde die geringe Verbindlichkeit in der Umsetzung. Der Text beschränkt sich auf Aussagen wie „wir sollten uns bemühen“, auch „wir verpflichten uns“, dies bleibt bisher aber ohne konkrete Angaben. Auch innerhalb der EU gibt es ein breites Meinungsspektrum, so möchte bspw. Großbritannien weiterhin die menschliche Entwicklung, welche im Mittelpunkt der Millennium-Entwicklungsziele stand, erneut stärker in den Mittelpunkt rücken.

Aufgeworfen wurde, dass einige Schwellenländer wie bspw. Indien sich nicht verpflichten, Verantwortung zu übernehmen, zumal die Schwellenländer die Relevanz der Post-2015 Agenda bestimmen werden. Bisher sei die Agenda in der Politik in China und Indien von geringer Relevanz, und wird als eher unwichtig erachtet.

Verantwortlich in Deutschland für die Nachhaltigkeitsziele sind das BMZ und das BMUB, im Kabinett finden regelmäßig Debatten zur Post-2015 Agenda statt. Mit der Zukunftscharta wird die Zivilgesellschaft eingebunden, auch die Wissenschaft ist recht aktiv. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird an die SDGs angepasst. Die verschiedenen globalen Foren, in denen gegenwärtig die Politik debattiert, sollen zusammengefügt werden.

Christa Randzio-Plath widmete sich vor allem der Rolle der Zivilgesellschaft in dem Post-2015 Agenda Prozess. Sie stellte heraus, dass wir vor allem über die Unterziele konkret werden müssten. Wesentlich für die neue Agenda ist die soziale Entwicklung, „niemand darf zurückgelassen werden“. Die zivilgesellschaftliche Beteiligung hat stattgefunden. Randzio-Plath hat an der Zukunftscharta mitgearbeitet, zudem gibt es einen guten Kontakt zum Kanzleramt. Die Zivilgesellschaft in Deutschland hat acht Ziele formuliert, wenngleich natürlich alle 17 bestehen bleiben. Besonders wichtig für uns sei die Spaltung zwischen arm und reich. Die Bekämpfung von Ungleichheit ist auch der EU umstritten. Der Debatte zugrunde liegen die Menschenrechte und das

damit verbundene Menschenbild, dass jeder Mensch gleich an Würde geboren ist. Für die Zivilgesellschaft muss Armutsbekämpfung weiterhin ein wesentliches Ziel bleiben. Vor allem ist ein transformativer Ansatz erforderlich. Neben der Überwindung der Armut und Umweltzerstörung ist der Zugang zu öffentlichen Ressourcen ein wichtiges Ziel, das von der Zivilgesellschaft gefordert wird. Zudem war das Thema Frieden und Sicherheit nicht selbstverständlich auf der Post-2015 Agenda. Wichtig ist auch, dass für Frauen und Mädchen Zugang zu Land und Ressourcen auf die Agenda gehoben wurde, nicht mehr „nur“ Gewalt gegen Frauen. Ein wichtiges Kriterium dabei sei, dass die Ziele konkret und für Bürger_innen begreifbar, nachvollziehbar und verständlich in der Umsetzung sind. Hierfür seien daher auch Umsetzungsziele zu formulieren.

Im April 2015 wird es eine große Konferenz mit der Bundeskanzlerin geben, dies ist von Bedeutung auch im Hinblick auf den G7-Vorsitz. Randzio-Plath stellt zudem die Rolle der Parlamente als Akteure heraus. Das Thema muss in der Hamburger Bürgerschaft debattiert werden!

Die **Diskussion mit dem Publikum** begann mit der Frage nach der Laufzeit der Agenda. Diese ist bis 2030 konzipiert und die Überprüfung soll verbindlicher werden. Herausgestrichen wurde, dass gute Leitindikatoren wichtig seien, um konkrete Umsetzung zu überprüfen und zu belegen. Aus dem Publikum wurde gefordert, dass die Debatte sich auch um die Frage drehen müsse, was wir von anderen lernen können. Zudem wurde bemängelt, dass in der Diskussion die Debatte zu den Ursachen fehle – woher kommt die Spaltung zwischen Arm und Reich? Die Systemfrage werde nicht diskutiert. Haben wir die richtige Wirtschaftsordnung? Diese Frage werde tatsächlich nicht gestellt, so Heiner Janus. Die Begründung für die SDGs findet sich aber in der Präambel, die den Menschen in Mittelpunkt rückt. Randzio-Plath ist der Meinung, dass die Menschenrechte allenfalls als Referenz genannt werden. Die Präambel sei noch etwas dünn, das BMZ-Papier hingegen gehe sehr stark auf Ursachen ein. Zudem brächten die Länder außerdem sehr unterschiedliche Schwerpunkte ein.

Des Weiteren wurde die Frage aufgeworfen, warum es bisher keine breite Debatte um die SDGs gäbe. Konstatiert wurde hierzu, dass das Thema nach wie vor sehr abstrakt sei und zudem wichtige Dokumente wie bspw. der Open Working Group bisher nur auf Englisch verfügbar seien.

Gefordert wurde, dass für die SDGs einen Rahmen benötigt werde, wie er für die Umsetzung der Agenda 21 gegeben war, so dass gemeinsam die lokale Agenda in Hamburg entwickelt werden könnte. Ein ehemaliger Beauftragter für die Umsetzung der Agenda 21 aus dem Publikum merkt an, dass diese Stellen in Hamburg nach und nach wieder abgeschafft wurden, hingegen bspw. Hannover nach wie vor sehr aktiv sei.

Wir sollten die SDGs herunter brechen auf die Frage, was sie für uns konkret bedeuten. Der Agenda 21 bzw. der Nachhaltigkeitsplan war für Hamburg nicht schlecht, er führte bspw. zu einer besseren Wärmeisolierung von Häusern etc. Es wurde noch einmal betont, dass Politikkohärenz wichtig sei, in Hamburg seien die Zuständigkeiten noch nicht abschließen geklärt.

Und: Wie bringen wir die Verbände zusammen? Was können wir selbst ändern? Das Friedensforschungsinstitut soll eingebunden werden.

Die Debatte schließt mit einem Appell von Christa Randzio-Plath, dass wir, die Zivilgesellschaft, das Eine Welt Netzwerk Hamburg, die W3 zu einer Bürgerschaftsdebatte anregen sollen.